Landwirte, die vorher verkauft hatten, kann aber keine Rede sein. Die Unterdrückung der Nichtinserate hat keinen Zweck; besser ist es, wenn die Gemeinden die angebotenen Vorräte beschlagnahmen.

Abg. Dr. Roesicke (Bund der Landw.) behauptet, daß die Landwirtschaft nur deshalb den Bedarf des deutschen Volkes nicht decken konnte, weil wir eine Mißernte hatten. Hätte man höhere Futtermittelzölle geschaffen, dann hätten wir die Kalamität mit dem Fleischmangel nicht. Bei der Verteilung darf nicht nach einem bestimmten Schema gearbeitet werden. Kartoffelvorräte werden heute nicht mehr zurückgehalten. Die Fehler die in der Lebensmittelversorgung gemacht wurden, lagen nur in der Organisation. Man hat die Menge der vorhandenen Vorräte stets überschätzt.

Abg. Dr. Mentzinger (Zentr.) hofft daß die Militärverwaltung ihre Ansprüche soweit als möglich ermäßigt, damit der Bevölkerung mehr gegeben werden kann. Besondere Berücksichtigung verdienen die Gutsarbeiter. In einzelnen Städten sind Ueberschüsse an Kartoffeln vorhanden, die abgefordert werden müssen. Die Landwirtschaft verdient Anerkennung dafür daß sie ihr Getreide so rasch abgeliefert hat.

Abg. Loff (Soziale. Vp.) bekämpft die Reports und empfiehlt, die Getreidepreise herabzusetzen, wenn das Getreide nicht bis zu einem bestimmten Termin abgeliefert ist. Bei zweckmäßiger Organisation hätten unsere Vorräte weit besser ausgereicht. Ohne Zweifel sind wieder erhebliche Mengen Getreide verfüttert worden. Die nachträgliche Bewilligung höherer Preise für bereits verkauften Hafer ist durchs nichts zu rechtfertigen. Redner setzt dann auseinander, daß die landwirtschaftlichen Zölle nicht die immer noch von dem Bund der Landwirte vorgetäuschte Wirkung hatten. Wo hätte man dann den Boden zum Anbau von größeren Mengen Futtermitteln hergenommen? Die Argumente der Agrarier schlagen der Wahrheit direkt ins Gesicht.

Staatssekretär Helfferich bittet dringend, in keine Zolldebatte einzutreten; die Tatsache sei nicht zu bestreiten, daß die Getreideproduktion erheblich gestiegen sei.

Abg. Küppler (Soz.) fordert eine andere Preispolitik für Getreide. Hunderttausende Zentner Getreide sind verfüttert worden. Das ist nur zu vermeiden, wenn die Preise für alle Getreidearten möglichst gleich sind. Für Schnelligkeitsprämien bei Ablieferung des Getreides bestand kein Anlaß, besser könnte man sich mit Dresch-Prämien abfinden. Die Schrankung der Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Kommunen erklärt sich aus den Zusatzlasten, die die Gemeinden für sich erheben. Der Brotpreis darf den Mehlpreis nicht übersteigen, sonst kann man mit Recht von Wucher reden, der von den Bäckern getrieben wird. Es ist nicht zu verstehen, wo das immer wieder angebotene Auslandsmehl herkommen soll.

Unterstaatssekretär Michaelis: Auf die Brotpreise hat die Reichsgetreidestelle keinen Einfluß; ihre Festsetzung ist Sache der Gemeinden. Selbstverständlich ist, daß Auslandsmehl nur unter Verlegung bestehender Vorschriften auf den Markt kommen kann.

Abg. David (Soz.). In landwirtschaftlichen Großbetrieben mögen Kartoffeln nicht mehr vorhanden sein; in vielen kleinen Betrieben ist das anders. Dort werden immer noch Kartoffelvorräte verschwiegen, die zur Schweinemast verwendet werden. Redner tritt den zollpolitischen Ansichten des Abg. Dr. Roesicke entgegen. Der höhere Futtermittelzoll soll nicht den Anbau von Futtermitteln fördern, sondern die Preise in die Höhe treiben. Die Ausdehnung des Futtermittelbaues könnte nur auf Kosten des Körnerbaues geschehen. Die Verteuerung der Futtermittel würde die kleinbäuerliche Viehhaltung schwer schädigen. Die Steigerung der Getreideproduktion sieht, wie das Beispiel Dänemarks zeigt, in keinem Zusammenhang mit den Zöllen.

Abg. Dr. Roesicke (Bund der Landw.) verteidigt nochmals die landwirtschaftlichen Zölle. Die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten sind nur auf die Mißernte zurückzuführen.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

•

Die Brotzulagen.

Amtlich wird geschrieben:

Berlin, 25. Mai. Der Fleischverbrauch bedarf zunächst der Einschränkung, um für den Herbst und Winter genügend schlachtreifes und Mastvieh zu besitzen. Die Ernährungsschwierigkeiten sind dadurch vermehrt. Um so weit als möglich zu helfen, hat sich das Direktorium der Reichsgetreidestelle mit Zustimmung des Kuratoriums entschlossen, den Bundesstaaten eine größere Menge Mehl außerhalb des Verteilungsplanes zur Verfügung zu stellen, um für die kommenden Wochen den unter den jetzigen Verhältnissen besonders auf Brotnahrung angewiesenen Bevölkerungskreisen, namentlich der industriellen Arbeiterschaft und den minderbemittelten Schichten in den größeren Städten eine außerordentliche Brotzulage gewähren zu können. In ähnlicher Weise sollen vom Beginn der Heuernte an die landwirtschaftlichen Arbeiter bedacht werden. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunalverbände erfolgt in Preußen durch die Regierungspräsidenten, in den anderen Bundesstaaten durch die Landes- und Zentralbehörden.

Die Reichsgetreidestelle ist zu dieser Maßnahme, abgesehen von der etwas vermehrten Einfuhr aus dem Auslande und einer Ermäßigung der Anforderung der Heeresverwaltung, einmal durch den pünktlichen Eingang des größten Teiles der von den Kommunalverbänden abzuliefernden Brotgetreidemengen, dann aber auch durch die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunalverbände, wie der Verbraucher selbst bei Durchführung der vorgeschriebenen Verbrauchsbeschränkung in den Stand gesetzt worden. Immerhin bedeutet die jetzt bereitgestellte Menge das Höchstmaß dessen, was ohne Gefährdung der laufenden Brotversorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte allenfalls entbehrt werden kann. Das Direktorium vertraut daher, daß seine Maßnahme nicht zu Mißdeutungen in der Oeffentlichkeit Anlaß geben und insbesondere nicht die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit weiterer sparsamer Wirtschaft mit unseren Brotgetreidevorräten und sorgsamer Beachtung der behördlichen Verbrauchsregelung erschüttern wird. Nur die bisherige Sparsamkeit hat das jetzige helfende Eingreifen ermöglicht.

Ein deutscher Luftangriff im Aegäischen Meer.

W. T. B. Amtlich. Berlin, 25. Mai. Deutsche Seeflugzeuge haben am 22. Mai im nördlichen Aegäischen Meer zwischen Dedeagatsch und Samothraki einen feindlichen Verband von vier Schiffen angegriffen und haben auf einem Flugzeugmutterschiff zwei Volltreffer erzielt. Die feindlichen Schiffe entfernten sich darauf in der Richtung nach Imbros.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vor Arsiero und Asiago.

Der österreichische Vormarsch zwischen Etsch und Sugana zeigt immer deutlicher das Bestreben, die befestigten Stellungen der italienischen Orte Arsiero und Asiago einzuklammern. Der amtliche Bericht meldet:

Nördlich des Suganer-Tales nahmen unsere Truppen den Höhenrücken von Salubio bis Burgen (Borgo) in Besitz. Auf dem Grenzrücken südlich des Tales wurde der Feind vom Kempel-Berge vertrieben. Weiter südlich halten die Italiener die Höhen östlich des Val d'Assa und den befestigten Raum von Asiago und Arsiero. Das Panzerwerk Campolongo ist in unseren Händen. Unsere Truppen gingen näher an das Val d'Assa und das Posina-Tal heran.

Seit Beginn des Angriffes wurden 24400 Italiener, darunter 524 Offiziere, gefangen genommen, 251 Geschütze, 101 Maschinengewehre und 18 Minenwerfer erbeutet.

Im Abschnitt der Hochfläche von Doberdo waren die Geschützkämpfe zeitweise recht lebhaft. Bei Monfalcone wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Eins unserer Fliegergeschwader belegte die Station Per-la-Carnia mit Bomben.

Bei der Räumung von Ortschaften unseres Gebiets seitens des Feindes scheint auch die italienische Bevölkerung teilweise mitzugehen. Leute, die so ihr Vaterland verlassen, werden ihren Anschluß an den Feind strafrechtlich zu verantworten haben.

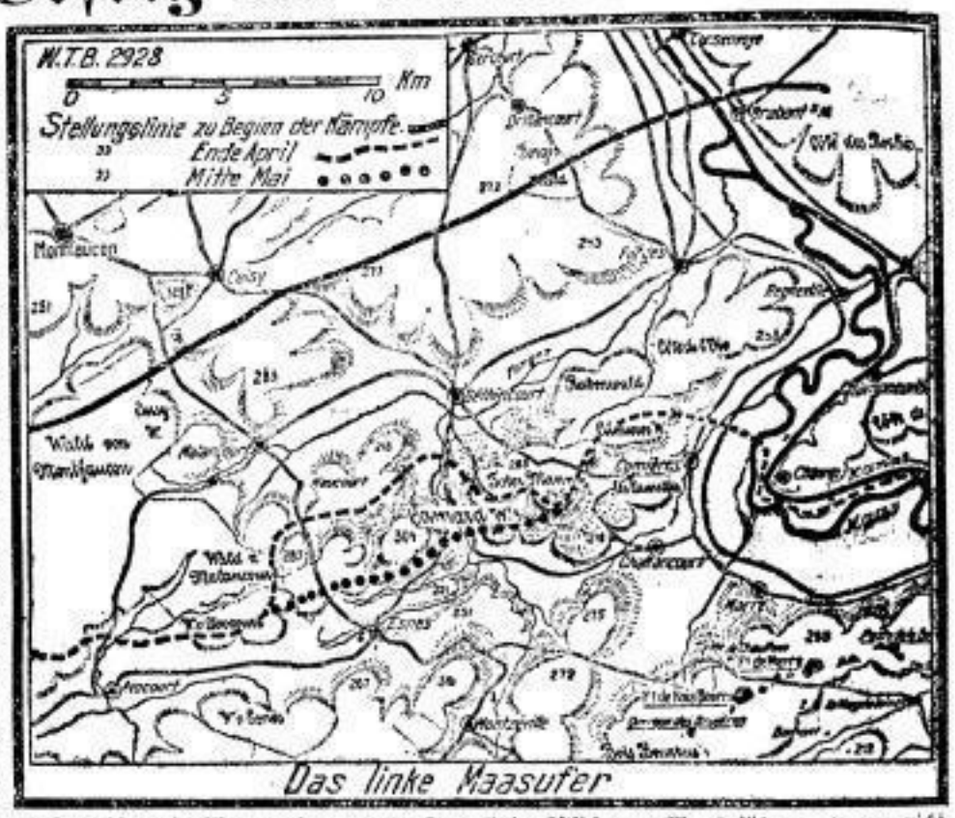
Der Berichterstatter des Berliner Lokalanzeigers meldet dazu: „Das Schwergewicht der Kämpfe in Südtirol ist zur Zeit auf die linke Hälfte unserer Angriffsfront übertragen. Im Vorrückungsraume des Grazer Armeekorps zwischen Astach und Assatal sind unsere Truppen stark weiter südlich vorgedrungen und haben am Dienstag das Panzerfortwerk Campolongo weggenommen. Die italienische Landschaft zwischen Astach und Assatal ist zur Hälfte von uns besetzt. Hier nähert sich die Front jener der Gruppe des Thronfolgers. Oestlich des Assatales schneidet ein hoher, felsiger Grat die obere Landschaft der sieben Gemeinden in zwei Teile. Dieser Grat wird noch vom Feinde gehalten, aber schon ist der Ursprungsgipfel dieses Grates, der 2310 Meter hohe Monte Kempel, in unserer Hand, durch Vorgehen von Westen und aus dem Suganertal. Die Gruppe im Suganertal hat die westliche Ecke der Vorlandschaft in den Fassaner Alpen gesäubert und entwickelt sich nach Erstürmung der Höhen von Salubio bis Burgen (Borgo) gegen die italienische Front an der Cima d'Asta—Civaron. Die Kampfgruppe des Thronfolgers gelangte zur artilleristischen Niederkämpfung des befestigten Raumes von Arsiero, die Infanterie schob sich allmählich näher gegen Arsiero heran."

•

Der italienische Heeresbericht.

† Rom, 25. Mai. Amtlicher Bericht von Mittwoch: Im Lagarina-Tale am gestrigen Nachmittag heftiges Bombardement gegen unsere ganze Front auf beiden Ufern der Etsch. Eine feindliche Abteilung, die in kleinen Gruppen von Lizzana gegen Marco vorzugehen versuchte, wurde durch das Feuer unserer Artillerie aufgehalten. Ein Angriff längs des Brand-Tales (Valarsa) in Richtung auf Monte di Mezzo wurde durch unsere Truppen angehalten. Zwischen den Tälern des Terragnola und des Astico das gewöhnliche Bombardement. Die Räumung des oberen Beckens von Posina und des Astico ist jetzt regelrecht vollzogen. Die Truppen verschanzen sich auf einer geschützten Linie des Beckens von Arsiero. Die Geschütze, die nicht mit zurückgenommen werden konnten, wurden zerstört. Zwischen dem Astico und der Brenta unternahm der Feind gestern einen starken Druck gegen unsre Stellungen im östlichen Assa-Tale. Im Suganna-Tale ging gestern der Rückzug unserer Truppen auf die Hauptwiderstandslinie, der am 22. Mai begonnen hat, langsam und in guter Ordnung weiter vor sich. In Carnien heftiges Artillerieduell. Im oberen Bat-Tale und auf der übrigen Front kein wichtiges Ereignis. Feindliche Flieger warfen Bomben auf den Bahnhof in Carnien. Sie forderten keine Menschenopfer und verursachten nur einigen Sachschaden.

Der Erfolg bei Cumières.



Die heftigsten Kämpfe bei Verdun toben jetzt in der Donaumontgegend und im Gebiet des „Toten Mann", wo es thüringischen Truppen gelang, das Dorf Cumières zu stürmen. Der Berichterstatter der Vossischen Zeitung telegraphiert über die Bedeutung dieses Erfolges: „Als unsere Truppen am 7. März den ersten Vorstoß westlich der Maas machten und in konzentrischem Angriff von Norden und von Osten über den Fluß bei Forges Regneville, den Rabenwald und den kleinen Cumières-wald stürmender Hand nahmen, war ihrem Vordringen mit der Aushebung der letzten Franzosennester in diesen Waldbezirken zunächst ein Ziel gesetzt. Das südöstlich davon, dem Scheitelpunkt des großen Maasbogens unterhalb Verdun gegenüber gelegene Dorf Cumières an der Bahn nach Sedan blieb noch im Besitz des Feindes, solange die westlich befindlichen Höhenzüge noch nicht vollständig von uns erobert waren. In dem Augenblick jedoch, wo dies geschehen, wurde die Lage der französischen Besatzung in Cumières kritisch. Aber auch hier suchten die Franzosen mit starken Feldbefestigungen und mit hartnäckigster Verteidigung den Deutschen jeden Fuß breit streitig zu machen. Aber ein in der Morgenfrühe von Nordosten über die Maaswiesen durch thüringische Regimenter vorgetragener Angriff führte zum Ziel. Das Dorf fiel in unseren Besitz und mehrere hundert Gefangene wurden gemacht. Von der am 20. eroberten Höhe 235, südlich des Toten Mannes, würde nun eine gerade Frontlinie östlich zur Maas führen, wenn nicht zwischen ihr und Cumières noch der Caurettes-wald in Feindeshand wäre. Auch dieses Waldstück jedoch ist bereits von beiden Seiten und von Norden her bedroht und muß der feindlichen Verteidigung große Schwierigkeiten bieten.

Die Umsatzsteuer in zweiter Lesung angenommen.

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung mit der von den Kompromißparteien in Abweichung von den Beschlüssen erster Lesung beantragten Umsatzsteuer. Berichterstatter Junck erklärte einleitend, daß unter den Antragstellern eine grundsätzliche Einigung erzielt sei. Der eigentliche Quittungsstempel scheide aus, abgesehen von Ausnahmen, in denen man aber auch das verhaßte Wort „Quittung" vermeide und durch „Schriftliches Empfangsbekenntnis" ersetze. Die Steuer solle mit 1 vom Tausend erhoben werden nicht von der Einzelzahlung, sondern von der Gesamtsumme der für Lieferungen geleisteten Zahlungen eines Gewerbebetriebes. Die Form des Stempels sei beibehalten, da die Aufstellungen, die die Gewerbetreibenden am Jahresschlusse über die eingegangenen Zahlungen zu machen haben, gestempelt werden sollen.

Keil (Soz.): Er halte trotz der Aussichtslosigkeit, noch einen Einfluß auf die Beschlüsse auszuüben, einige allgemeine Bemerkungen für angezeigt. Es handle sich um eine neue Vorlage, die nicht von der Regierung, sondern von einer Anzahl Parteien gemacht werde. Diese Parteien können sich mit ihrer Steuerpolitik nur auf einen Bruchteil des Volkes stützen. Sie isolieren mit ihrem Vorgehen nicht die Sozialdemokratie, sondern sie isolieren sich selbst von den Massen des Volkes. Die Geschlossenheit des Volkes im Kampfe um seine Existenz werde dadurch nicht gefördert. Rätselhaft sei, wie selbst die bürgerliche Linke, die in der ersten Lesung sachlich die Umsatzsteuer abgelehnt habe, diese Politik mitmachen könne.

Blunk (Volksp.): Seine Partei halte die Umsatzsteuer für unerwünscht. Aber sie sei, da alle ihre Versuche, die Steuergesetze gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu machen, erfolglos geblieben seien, in die Zwangslage versetzt worden, mit den übrigen Parteien gemeinsam die notwendigen Mittel zu beschaffen.

Vorsitzender Gradnauer (Soz.) empfiehlt, da formell gegen das eingeschlagene Verfahren nichts einzuwenden sei, nunmehr zur Beratung der Vorlage zurückzukehren. — Antrick (Soz.): Diese Steuer wird abgewälzt werden und mit den anderen indirekten Steuern drückend wirken. — Cohen (Soz.) beantragt, die Lieferung von Gas, Elektrizität und Wasser durch staatliche und Gemeindebetriebe, die doch nicht Kapitalprofite erstreben, von der Umsatzsteuer frei zu lassen. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Debatte, in der neben dem Antragsteller ein Fortschrittler, ein nationalliberaler und ein konservativer Redner für, die Vertreter des Zentrums und der Regierung gegen den Antrag sprechen. Der Antrag Cohen wird schließlich mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Im übrigen finden sowohl die neuen Tarifbestimmungen wie auch die vorgeschlagene Ergänzung des Stempelgesetzes mit geringfügigen redaktionellen Aenderungen Annahme.

Zu der Schlußbestimmung, wonach der Bundesrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestimmen soll, beantragen die Fortschrittler, den Zeitpunkt gesetzlich zu bestimmen, und zwar den 1. Januar 1917. Man solle nicht mitten im Jahre mit der Steuer beginnen. Man solle auch Rücksicht nehmen auf die Geschäftsinhaber, die jetzt ihre Geschäfte nicht selbst leiten können. — Staatssekretär Helfferich widerspricht und schlägt den 1. Oktober 1916 vor. Ein Vierteljahr bewirke einen Einnahmeverlust von 50 bis 60 Millionen, der neben den anderen Abstrichen nicht gut zu ertragen sei. — Nachdem Erzberger sich für den 1. Oktober 1916 ausgesprochen, wird der Antrag der Fortschrittler gegen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und der 1. Oktober 1916 eingesetzt.

Die Sozialdemokraten beantragen, die in erster Lesung beschlossene Bestimmung wieder aufzunehmen: „Die Aufhebung des Quittungsstempels und der Abgabe vom Umsatz hat spätestens nach Verlauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß zu erfolgen, wenn sie der Reichstag fordert." — Antrick (Soz.) begründet den Antrag, Staatssekretär Helfferich bezeichnet ihn als unannehmbar. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Damit ist die Vorlage im ganzen angenommen.

Deutsches Reich.

Zensurdebatte im Reichstag.

Die Mittwochsitzung des Reichstags erhielt ihren besonderen Auftakt dadurch, daß der neue Staatssekretär für das Reichsamt des Innern, Helfferich, sich dem Hause in dieser neuen Eigenschaft vorstellte. Neben den warmen, ja begeisterten Lobesworten, die der bisherige Finanzminister des Reichs seinem Vorgänger im Amte spendete, fiel in der kurzen Ansprache besonders auf die Betonung des starken inneren Widerstrebens, mit dem der Staatssekretär seinen bisherigen liebgewordenen Posten aufgegeben hat.

Nachdem der Abg. Jäckel (Soz.) in warmherzigen Ausführungen die Wünsche der heimarbeitenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung vertreten hatte, trat das Haus in die Zensurdebatte ein. Wenn auch der Burgfriedenszustand hie und da auf Ton und Temperament der Reden beständigend einwirken mochte, so trat in der Sache doch deutlich genug die allseitige Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen hervor. Gleich der Redner des Zen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160525/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG